

REGION BERN

WORB

Die Hauptstrasse soll offen bleiben

Das Worber Stimmvolk soll seinem Gemeinderat folgen und die Hauptstrasse nicht sperren. Das empfiehlt ihm das Parlament. Es lehnte die entsprechende Initiative der SP gestern Abend ab.

Urban Caluori
Nein zur Sperrung der Worber Hauptstrasse. Ja zum Gegenvorschlag des Gemeinderats. Das ist das Ergebnis der ausserordentlichen Sitzung des Grossen Gemeinderates von gestern Abend.

Jonathan Gimmel (GPK) wies darauf hin, dass die Gesamtverkehrsbelastung das Problem sei. Und dieses könne nur «interregional» gelöst werden. Hier sei der Kanton gefordert.

SP-Gemeinderat Bruno Haldi verwies auf die Vorteile der Initiative wie die klare Signalisation, die einfache Kontrolle oder die tiefen Kosten. Er räumte aber ein, dass der ganze Verkehr in die Bahnhofstrasse umgeleitet würde. «Der Gegenvorschlag ist der beste Kompromiss.» Das grosse Problem sei das zu hohe Tempo. Um das zu regulieren, seien die baulichen Massnahmen geplant.

«Erfolgsgeschichte»

Für Hans-Ulrich Joss (SP) ist das Geschäft eine «Erfolgsgeschichte». Die SP-Initiative habe dazu geführt, dass die Verkehrsproblematik aufgenommen worden sei. Unabhängig von der Variantenwahl könne jetzt die Situation verbessert werden. Das Ziel sei es, den Verkehr aus dem Zentrum zu verbannen. «Der Gegenvorschlag des Gemeinderates verbleibt im System der Übergangsregelungen», kritisierte Joss. Die SP-Fraktion sei überzeugt, dass die Initiative «eine gute Lösung» und der Gegenvorschlag eine «gute Alternative» sei.

Ingeborg Stahel (SVP) bedauerte, dass die Begegnungszone nicht in die Überlegungen einbezogen werden konnte. Die SVP-Fraktion sei gegen die Initiative.

Ihre Regelung sei zu starr. Der Wegfahrverkehr werde auf die Bahnhofstrasse verlagert. Und sie verhindere eine Begegnungszone. «Die Autofahrer dürfen nicht einseitig bestraft werden», sagte Stahel. Sie empfahl den Gegenvorschlag und die Realisierung von «kostengünstigen» baulichen Massnahmen zur Verkehrsberuhigung.

Rudolf Wagner (EVP) sprach sich für die Initiative aus. Es gelte, die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer zu erhöhen. «Die Schliessung der Hauptstrasse ist die günstigste Variante.»

«Keine Schleichwege»

Die FDP-Fraktion stand «geschlossen» hinter dem Gegenvorschlag und lehnte die Initiative «ebenso geschlossen» ab. Ulrich Emch wies darauf hin, dass die Hauptstrasse zum jetzigen Zeitpunkt eine Verkehrsfunktion übernehmen müsse. Der Gegenvorschlag betrachte das Wunsch- und Machbare. Bei der Schliessung der Hauptstrasse würde der Gesamtverkehr auf eine Achse konzentriert. «Damit schaffen wir Schleichwege.» Der Gegenvorschlag sei «ausgewogen, angepasst, zweckmässig».

Laut Jürg Bichsel (FWW) lässt der Gegenvorschlag mehr Flexibilität zu. Hans-Ulrich Steiner von der GFL verwies darauf, dass bauliche Massnahmen allein nicht genügen.

Der Grosse Gemeinderat lehnte die SP-Initiative mit 20 Nein gegen 16 Ja-Stimmen ab. Den Gegenvorschlag nahm er mit 34 Ja gegen 3 Nein an.

SP wird überlegen

Mit einer Volksinitiative hatte die SP gefordert, dass die Worber Hauptstrasse für den Verkehr gesperrt wird. Stimmt die Worber Bevölkerung dem gestrigen Entscheid des Parlaments und damit dem Gegenvorschlag des Gemeinderates zu, bleibt die Signalisation so, wie sie zurzeit versuchsweise bereits eingeführt wurde: Die Hauptstrasse bleibt für den Durchgangsverkehr zwar gesperrt, die Wegfahrt aus der Einstellhalle soll aber gestattet bleiben. ◆



«Als gute Alternative» zur Sperrung der Hauptstrasse bezeichnet die Worber SP die zuzeit getestete Tempo-30-Zone mit Durchfahrverbot.

BILD URS BAUMANN

KOMMENTAR

Einfacher wäre besser

◆ Brigitte Walser

Die Strassen um das Worber Bären Zentrum sind ein gefundenes Fressen für Fahrlehrer: So viele Verkehrsschilder an einem Ort gibt es sonst wohl nirgends. Wer täglich im Bären Zentrum einkauft, mag wissen, wie man fahren muss und darf. Für Auswärtige wird die Signalisation aber zur kniffligen Angelegenheit. Auf Fahrverbot folgt Einbahn, für Velofahrer gelten andere Regeln und über allem schwebt eine Tempo-30-Tafel. Geht es nach dem Worber Parlament, bleibt das so und was zur Zeit als Versuch gilt, wird Dauerlösung. Die Signalisation sei nicht das Gelbe vom Ei, gab Gemeinderat Bruno Haldi (SP) gestern Abend zu. «Aber sie ist der beste Kompromiss.» Das klingt wenig euphorisch. Der Kompromiss mag allen etwas bringen, lässt aber eine klare Linie vermissen. Der Vorteil des Gegenvorschlages liegt in der Möglichkeit einer Begegnungszone. Zwar bringt auch diese den Verkehr nicht aus der Hauptstrasse weg. Aber das würde selbst der Initiative nicht gelingen. Anlieferung und Zubringerdienst müsste auch sie zulassen. Mit baulichen Massnahmen, Tempo 20 und Vortritt für Fussgänger, wie es die Begegnungszone will, könnte die Hauptstrasse für Autos so unattraktiv und für Fussgänger so attraktiv wie möglich gestaltet werden. Und vor allem würde die Signalisation vereinfacht. Mit einem einzigen Strassenschild «Begegnungszone» würde dasselbe erreicht, was zur Zeit viele Schilder signalisieren. Und die Ausfahrt aus der Einstellhalle wäre immer noch in beiden Richtungen möglich. Die Begegnungszone ist nicht bloss ein «Unwort», wie Christoph Lerch (SP) darlegte. ◆

brigitte.walser@bernerzeitung.ch

CAMPAGNE OBERRIED, BELP

«Die gfreutischi Frou» im neuen Kulturzentrum

Beim barocken Landsitz Campagne Oberried findet schon im Juli der erste kulturelle Grossanlass statt. Regisseur Rolf Schoch inszeniert von Tavel Stück «Die gfreutischi Frou» als Freilichtaufführung.

◆ Katharina Merkle

Bereits ist zu erahnen, in welchem Glanz die 1736 erbaute Campagne erstrahlen wird. Im Moment sind in der barocken Liegenschaft an der Seftigenstrasse in Belp noch Renovationsarbeiten im Gange. Diese sollen im Juni beendet sein, sagte gestern Rudolf von Fischer an einer Medienorientierung. Er ist Vizepräsident der Stiftung von Fischer, welche das Gebäude vor einem Jahr kaufte. Erbauer der Campagne Oberried war ein Vorfahre Rudolf von Fischers, nämlich Victor von Fischer. Jener wiederum war der Enkel von Postgründer Beat Fischer.

«Die Kunstschatze unserer Familie sollen leben und nicht verstauben», sagte Rudolf von Fischer. So wird nun aus der frisch renovierten Campagne nicht nur ein luxuriöses Haus mit drei Wohnungen, sondern auch ein Kulturzentrum (wir berichteten). Die Eröffnungsveranstaltung ist die Aufführung des Schauspiels «Di gfreutischi Frou» des Berner Schriftstellers Rudolf von Tavel (1866 bis 1934).

Zurück zum Ursprung

Zwischen 26. Juli und 10. August wird die Komödie im Garten der Campagne aufgeführt. Dabei schaut das Publikum zur städtlichen Allee, die zum Grundstück gehört und in Richtung Gürbetal. Mindestens zwölf Vorstellungen sind geplant, je etwa 260 Personen können sie besuchen. Im Gegensatz zur Freilichtproduktion «Katharina Knie», die vorletztes Jahr beim Schloss Belp aufgeführt wurde, trägt hier ein einziger Mann die Verantwortung: Rolf Schoch. Der Belp-Regisseur hat 13 Schauspie-

lerinnen und Schauspieler für das Stück engagiert. Nächste Woche beginnen die Proben.

Schoch wählte «Di gfreutischi Frou», weil die Komödie höchstwahrscheinlich hier, in der Campagne Oberried, spielt. Das Stück von Rudolf von Tavel handelt 1829, «im Gädernach, dem Landgut im Seftiger Amt». Dabei soll es sich laut Schoch um die Campagne Oberried handeln. In der Komödie gehts um eine Mutter, welche die Zukünftige ihres Sohnes bereits bestimmt hat. Dieser setzt sich aber über ihren Wunsch hinweg und heiratet unstandesgemäss jene, die er liebt – «di gfreutischi Frou» eben.

Joder als Präsident

Dass die Campagne eine kulturelle Institution wird, weiss der Belp-Regisseur Rudolf von Fischer zu schätzen. Er stellt sich denn auch als Präsident des Fördervereins zur Verfügung. Dieser Verein wird sowohl für die Beschaffung der Mittel als auch für das Programm zuständig sein. ◆

FINANZIERUNG STADTHAUS KÖNIZ

Geschäft ist gescheitert

Um die Könizer Finanzen zu entlasten, wollte der Gemeinderat mit einem Kniff das neue Verwaltungsgebäude finanzieren. Das Parlament stellte Zusatzbedingungen. Dies bringt das Geschäft zum Scheitern.

«Ein Nein gibt es für mich nicht», stellte Gemeindeparlamentarier Markus Stähli (SVP) klar. Ein solches Geschäft basiere auf Vertrauen. Er illustrierte das an seiner Ehe: «Gemäss Eheerschein bin ich seit 30 Jahren verheiratet – heute weiss ich nicht einmal mehr, wo dieses Papier ist.» So argumentierte Stähli zu einem nicht alltäglichen Finanzgeschäft der Gemeinde Köniz. Die Exekutive will das 15,8 Millionen Franken teure Neubaugenau-Projekt der gemeindeeigenen Pensionskasse übertragen. Der Zweck: Die hohen Defizite, welche die Gemeinde in den kommenden Jahren belasten, können auf diese gemildert werden. Der Grund: Wenn die Gemeinde selber investiert, muss sie jährlich

zehn Prozent abschreiben und damit das Vermögen relativ stark belasten.

Wenn die Pensionskasse investiert, lässt sich der hohe Abschreibedarf umgehen. Die Gemeinde soll nach dem Bau das Verwaltungsgebäude von der Pensionskasse mieten und es später zurückkaufen.

Kantonale Fachstellen hatten das «fiktive Geschäft» als rechtens beurteilt, und von den Könizer Parteien war keine dagegen. Dennoch debattierte das Parlament zu diesem Traktandum 75 Minuten lang. Parlamentarier Valentin Lagger (CVP) wollte die Bedingungen präziser geregelt haben: «Wer trägt die Verantwortung für den Bau? Zudem ist eine Regelung für den Rückkauf der Gemeinde unerlässlich.» Gemeindepräsident Henri Huber (SP) wehrte sich gegen zusätzliche Regelungen: «Wir wissen jetzt noch nicht, wie die Situation bei einem möglichen Rückkauf der Gebäudes in 15 Jahren aussieht.» Mit Ausnahme der Linksparteien stimmte das Parlament schliesslich Laggers Ergänzungen zu und bewilligte das Geschäft.

Schon in der Parlamentsdebatte deutete Huber an, dass die Pensionskassen mit den Forderungen Laggers nicht einverstanden sein könnten: Ein solches Geschäft müsse für beide Seiten stimmen. «Das Parlament kann so viele Bedingungen stellen, wie es will – aber dann sagt die Pensionskasse Nein.» Der Gemeindepräsident weiss Bescheid, weil er auch Vorsitzender der Verwaltungskommission der Könizer Pensionskasse ist.

«Unakzeptabel»

Schon kurz nach der Parlamentsdebatte bestätigte Huber seine Äusserungen in aller Deutlichkeit, dass das Geschäft trotz der Zustimmung des Parlaments bereits gescheitert ist: «Ich kann diese Bedingungen weder für die Gemeinde noch für die Pensionskasse akzeptieren.» Es wirke eindeutig wie ein Umgehungsgeschäft, wenn der Rückkauf Jahre voraus fixiert werde. «So parkiert die Gemeinde ihr Vermögen in der Pensionskasse.» Das Geschäft könne nur bei gegenseitigem Vertrauen funktionieren. Das sei hier offensichtlich nicht der Fall. *Ki*